

Staatskanzlei, Regierungskanzlei, 8510 Frauenfeld

An das Büro des Grossen Rates
Parlamentsdienste
8510 Frauenfeld

24	IN 26	228
----	-------	-----

Frauenfeld, 2. Juni 2026
Nr. 308

Interpellation von Michèle Strähl, Markus Bürgi, Stefan Wolfer, Reto Ammann und Gabriel Walzthöny vom 19. November 2025 „Reicht der Weitblick beim Polizei- und Gefängnisneubau?“

Antrag auf Fristerstreckung für die Beantwortung

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Am 19. November 2025 reichten Michèle Strähl, Markus Bürgi, Stefan Wolfer, Reto Ammann und Gabriel Walzthöny zusammen mit 57 Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichnern die oben genannte Interpellation ein, die nach § 50 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Grossen Rates des Kantons Thurgau (GOGR; RB 171.1) innert Jahresfrist schriftlich durch den Regierungsrat zu beantworten ist.

Die Interpellation wirft verschiedene strategische Fragen rund um die Zentralisierung der Staatsanwaltschaft und der Kantonspolizei auf und thematisiert die Kapazitätsbedürfnisse und den Standort. Gleichzeitig will der Regierungsrat seinerseits einen früheren Einbezug des Grossen Rates bei strategischen Fragen zu grossen Bauvorhaben ermöglichen. Daher soll künftig mit Teilportfoliostrategien gearbeitet werden. Aufgrund der Dringlichkeit einer Lösung für die Kantonspolizei und das Gefängnis sowie um erste Erfahrungen zu sammeln, soll als Erstes eine Teilportfoliostrategie für den Bereich „Justiz und Sicherheit“ ausgearbeitet werden. Das Vorhaben zur Erstellung dieser Teilportfoliostrategie als Pilot wurde der Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission (GFK) bereits vorgestellt und von deren Mitgliedern ausdrücklich begrüsst. Die Erarbeitung wird allerdings noch einige Zeit in Anspruch nehmen. Wir rechnen damit, dass die Teilportfoliostrategie Ende 2026 vorliegen wird und anschliessend in der GFK diskutiert werden kann.

2/2

Wir beantragen Ihnen daher, sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, die Frist für die Beantwortung der Interpellation „Reicht der Weitblick beim Polizei- und Gefängnisneubau“ bis zum 31. Mai 2027 zu erstrecken.

Mit freundlichen Grüssen

Der Präsident des Regierungsrates


Der Staatsschreiber



